

MITTLINKS Februar 1/13

Schlaglichter auf
einige »Baustellen«
der bezirklichen Arbeit
in Hamburg-Mitte

DIE LINKE.

Fraktion in der
Bezirksversammlung HH-Mitte

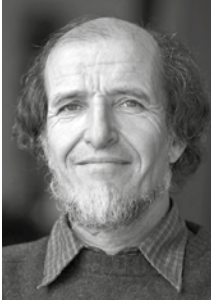


Protest gegen Gentrifizierung:
Kundgebung vor der
Buchhandlung Wohlers

Wie gut kehrt der neue Besen?

DIE LINKE.

Fraktion in der
Bezirksversammlung HH-Mitte



Mehr als ein halbes Jahr ist Andy Grote (SPD) nun Bezirksamtsleiter in Hamburg-Mitte. Manches hat sich geändert, vieles nicht.

Geändert hat sich die Art und Weise der Kommunikation. Regelmäßig gab es im Jahr 2012 einen „Jour fixe“, bei dem die Fraktionen über die anstehenden Probleme im Bezirk informiert werden. Das ist gut so. Auch das Auftreten von Herrn Grote in der Bezirksversammlung wirkt nachdenklicher als das seines Vorgängers, das hat sich zum ersten Mal im Fall „Jeremie“ bewährt.

Ein wenig Änderung zeichnet sich möglicherweise in Sachen Stadtteilhaus Horn ab, nachdem der Wunschpartner für einen ÖPP-Deal abgesprungen ist. Hoffentlich bald wird nun das Stadtteilhaus in Regie des Bezirks errichtet?!

Leider nicht geändert hat sich der willige Vollzug der Kürzungsvorgaben des Senats durch die rot-gelbe Koalition und ihren Bezirksamtsleiter. Immer noch wirken die Kürzungen gottgegeben, das Geld sei nun mal nicht da. Die Schuldenbremse regiert, Vorschläge der Opposition in Richtung Einnahmeverbesserungen werden als unrealistisch abgewatscht.

Und wir müssen feststellen, dass auch die Verdrängungspolitik des Herrn Schreiber (nunmehr Geschäftsführer einer Immobilienfirma mit Interessen am Hansaplatz, natürlich gibt es da keinen Zusammenhang zur durchgepeitschten Kontaktverbotsverordnung?!) von Herrn Grote mit nur geringfügig subtileren Mitteln fortgesetzt wird (siehe Seite 19).

Im Übrigen gibt es jede Menge alter und neuer Baustellen, auch in den Stadtteilen, dazu eine ganze Menge in diesem Heft.

Ich wünsche eine informative Lektüre,

Bernhard Stietz-Leipnitz

Fraktionsvorsitzender aus St. Georg

Inhalt

| | | | |
|--|-----------|--|-----------|
| Handlungsfähigkeit der Bezirke sichern (Olaf Harms) | 3 | St. Georg: Solidarität ganz praktisch (Bernhard Stietz-Leipnitz) | 14 |
| Grünpflege muss beim Bezirk bleiben (Sandra Clemens) | 6 | Finkenwerder. Heiß erlebt – die UFi (Helmke Kaufner) | 16 |
| Wohnungsbauprogramm ein Erfolg? (Bernhard Stietz-Leipnitz) | 7 | Zollzaun weg – Fluch oder Segen? (Teddy Dührkop) | 16 |
| Bürgerpreis des Bezirks (Christine Detamble-Voss) | 8 | Wilhelmsburg: Fakten zu IBA und igs Abgescholzt: Grundsicherungsamt weg (Manfred Schubert) | 18 |
| Billstedt/Horn: Nur noch dicke Luft? (Rudolf Sergel) | 9 | Kurzberichte | 19 |
| Horn: Kommt das Stadtteilhaus endlich? (Marion Fisch) | 11 | Knecht Ruprecht | 21 |
| Hamm: ELISA kämpft weiter (Sandra Clemens) | 13 | Wer macht was? | 22 |

Handlungsfähigkeit des Bezirkes Hamburg-Mitte erhalten und ausbauen

Seit dem Regierungsantritt der SPD unter Olaf Scholz mit absoluter Mehrheit in der Bürgerschaft im Februar 2011, wurde u.a. die Frage aufgeworfen, ob die SPD mit der schwarz-grünen »Haushaltskonsolidierung«, also dem Kürzen zu Lasten der Mehrheit der Menschen in dieser Stadt weitermacht.

Die Antwort wurde in der Sitzung des Ausschusses für Haushalt und regionale Wirtschaftsförderung gegeben: Er wurde über die neuen haushaltsrechtlichen Rahmenbedingungen und insbesondere über die Eckwerte für die Aufstellung des Haushaltsplans 2013/2014 und die Finanzplanung bis 2017 wie folgt informiert.

Dem Bezirk stehen für Ausgaben Mittel in Höhe von rd. 78,5 Mio. Euro in 2012 bis rd. 83,7 Mio. Euro in 2017 zur Verfügung. Unabhängig vom tatsächlichen Bedarf gelten diese Eckwerte als Obergrenze. Das bedeutet auch, dass Ausgaben-

4 steigerungen der nächsten Jahre zu Lasten des Haushalts des Bezirks gehen. Dieses betrifft vor allem z.B.

- ▶ Tarifierhöhungen über 1,5% jährlich
- ▶ Sachkostensteigerungen (insbesondere Mieten und Energiekosten) über 1,7% jährlich
- ▶ Steigerungen bei den Mitteln für die Bezirksversammlung über 1,5% jährlich
- ▶ Ausgabensteigerungen im Kontenrahmen Versorgungsbezüge über 1,5% jährlich.

Sofern also die oben genannten Steigerungsraten überschritten werden, muss der Bezirk Hamburg-Mitte mit seinen Mitteln einen Ausgleich erzeugen. Dieses kann im Wesentlichen nur im Personalbereich gelingen. Oder anders ausgedrückt: Sofern der in 2012 verhandelte Tarifabschluss für den öffentlichen Dienst auch für die Landesbehörden übernommen wird, muss der Bezirk die über 1,5% hinausgehenden rund 2% mit Stellenabbau kompensieren. Jeder Zehntelprozentpunkt an Tarifsteigerungen über 1,5% hinaus bedeutet Einsparungen in Höhe von ca. 60.000,- Euro, mithin rund 1,5 Stellen.

Dieses ist fatal, bedeutet es doch, dass entweder die Beschäftigten im Bezirksamt von der Entwicklung der Löhne und Gehälter abgekoppelt werden, um Stellenstreichungen zu vermeiden oder aber Tarifierhöhungen mit Arbeitsplatzverlust der Beschäftigten ausgeglichen werden. In beiden Fällen leidet im erheblichen Maße die Handlungsfähigkeit des Bezirkes.

Der Senat hat ferner Einnahmenvorgaben festgelegt. Daraus folgt, dass Gesamtausgaben nur dann bis zur Höhe des Ausgabeneckwerts veranschlagt werden können, wenn auch plausibel Einnahmen in Höhe der Einnahmenvorgaben veranschlagt werden. Sofern der Einnahmewert nicht erreicht wird, muss in dem Maße, in dem er verfehlt wird, auch der Ausgabeneckwert unterschritten werden. Und auch dieses geht im Wesentlichen dann nur über Arbeitsplatzverlust und Stellenstreichungen.

Sonderbar ist jedoch, dass der Ausgaberrahmen nicht erhöht wird, wenn die veranschlagten Einnahmen übertroffen werden.

Fazit ist, dass mit den neuen haushaltsrechtlichen Rahmenbedingungen bereits heute ein Stellenabbau in nicht tragfähiger Größe festgeschrieben werden soll, mithin die Handlungsfähigkeit des Bezirkes und deren Steuerbarkeit durch die Kommunalpolitik erheblich eingeschränkt wird.

Dem kann nur entgegengetreten werden, wenn auch der Senat endlich zur Kenntnis nimmt, dass Hamburg kein Ausgabenproblem hat, sondern ein Problem mit geringen bzw. fehlenden Einnahmen. Die Schuldenbremse halten wir für den falschen Weg: Nicht Kürzungen auf der Aufgabenseite der öffentlichen Haushalte, sondern eine Stärkung ihrer Einnahmeseite ist der richtige Weg. Die systematische Verarmung der öffentlichen Hand muss beendet werden, damit die notwendigen

Investitionen in Daseinsvorsorge und Infrastruktur geleistet werden können. Die öffentliche Armut hat ihren Grund in privatem Reichtum. Eine neue Steuergerechtigkeit muss die strukturelle Unterfinanzierung der öffentlichen Haushalte und die enorme Zinslast der Betriebs Haushalte beenden.

Deshalb hat die Fraktion DIE LINKE ua. in der Bezirksversammlung beantragt:



Alexis Tsipras (Syriza, Griechenland) beim Aktionstag „Umfairteilen“: Die Ursache der öffentlichen Armut ist der private Reichtum!

Foto: pixelio, Wolfgang Führer

„1. Der Senat wird aufgefordert, die Handlungsfähigkeit des Bezirkes Hamburg-Mitte sicherzustellen. In diesem Sinne sind die neuen haushaltsrechtlichen Rahmenbedingungen, insbesondere über die Eckwerte für die Aufstellung des Haushaltsplans 2013/2014 und die Finanzplanung bis 2017, entsprechend zu überarbeiten. (...)

2. Um die Handlungsfähigkeiten des Bezirkes Hamburg-Mitte zu sichern und auszubauen, wird der Senat aufgefordert, auf der Einnahmeseite endlich eine Politik zu entwickeln, die die Wiederinkraftsetzung der Vermögenssteuer, eine Verstärkung der Erbschaftssteuer, eine Bekämpfung der Finanzspekulation durch eine Finanztransaktions- und Börsenumsatzsteuer, eine Anhebung des Spitzensteuersatzes, stärkere Besteuerung von nicht reinvestierten Gewinnen und nicht zuletzt mehr Steuerprüfer zur Verbesserung des Steuervollzugs beinhaltet.“

Beide Punkte wurden getrennt mit folgendem Ergebnis abgestimmt:

Punkt 1 wurde durch SPD/FDP bei Enthaltung der Grünen abgelehnt, während die Piraten und die CDU dafür gestimmt haben.

Punkt 2 wurde durch SPD/FDP, CDU und Piraten abgelehnt, während die Grünen sich enthalten haben.

Gegen die zu Lasten der Mehrheit der Hamburgerinnen und Hamburger gehende Haushaltspolitik wird DIE LINKE. auch zukünftig agieren, weil Hamburg kein Ausgabenproblem, sondern ein Einnahmeproblem hat.

Olaf Harms (DKP), Abgeordneter aus Wilhelmsburg

6 Die Pflege der Parks und Grünanlagen in Mitte muss in bezirklicher Hand bleiben!

Finanzsenator Dr. Peter Tschentscher hat am 3. September 2012 auf einer Veranstaltung in der Finanzbehörde angekündigt, weitere bezirkliche Aufgaben in die Verantwortung von Landesbetrieben überführen zu wollen. Konkret sprach er von der Einführung eines Landesbetriebes Parkpflege, der die Pflege und Gestaltung von Parks und öffentlichen Grünanlagen übernehmen soll.



Grünpflege braucht mehr Geld, damit Brunnen wie im Hammer Park nicht einfach nur zugepflastert werden.
Foto: Sandra Clemens

Aufgeschreckt durch diese Äußerung von Seiten des Finanzsenators brachte DIE LINKE im Oktober einen Antrag in die Bezirksversammlung ein, um das Ansinnen des Finanzsenators im Keim zu ersticken. DIE LINKE befürchtet, dass mit der Einführung eines Landesbetriebes Grünpflege dem Bezirk weitere Entscheidungsbefugnisse

und Möglichkeiten der Einflussnahme entzogen und auf die Senatsebene verlagert werden. Zugleich kann die Einführung eines Landesbetriebes, der nicht mehr unter direkter parlamentarischer Kontrolle steht (siehe Landesbetrieb Krankenhäuser), der erste Schritt zu einer Privatisierung öffentlicher Aufgaben sein.

In ihrem Antrag forderte DIE LINKE, dass die Pflege der Parks und Grünanlagen in Mitte in bezirklicher Hand bleiben muss. Der Bezirksamtsleiter wurde gebeten, den Finanzsenator aufzufordern, von Umstrukturierungsplänen Abstand zu nehmen, die die bezirkliche Hoheit weiter einschränken. Damit der Bezirk Mitte seine Parks und Grünanlagen angemessen pflegen kann, forderte DIE LINKE zudem, dass haushaltstechnisch nachverhandelt und nachgesteuert werden müsse, da die Mittel der Rahmenezuweisungen bei Weitem nicht auskömmlich sind.

Der ersten Forderung schloss sich die gesamte Bezirksversammlung an. Die zweite Forderung nach haushaltstechnischen Nachverhandlungen würde von den Grünen, der CDU und den Piraten unterstützt. Inzwischen hat der Senat in seiner Antwort geschrieben, dass kein Landesbetrieb für Grünpflege geplant sei.

Sandra Clemens, Sprecherin im Umweltausschuss: „Wir nehmen den Senat beim Wort und werden weiterhin darauf pochen, dass die Grünpflege im Bezirk bleibt.“

Sandra Clemens, für DIE LINKE im Umweltausschuss

Wohnungsbauprogramm erfolgreich?!

7

Der Senat will pro Jahr 6.000 Baugenehmigungen für Wohnungsbau erteilen lassen, davon 30% im geförderten Mietwohnungsbau.

Im Vertrag für Hamburg ist dieses Ziel auf die Bezirke „heruntergebrochen“, so dass das Ziel für HH-Mitte lautet: Genehmigungen für 750 neue Wohneinheiten jährlich, davon im Mittel 225 im öffentlich geförderten Wohnungsbau, davon wiederum zwei Drittel, also ganze 150 Wohnungen, im ersten Förderweg (Anfangsmiete 6,- €). Das ist im Verhältnis zum z.B. von den Mietervereinen erkannten Bedarf bitter wenig, womöglich weniger, als im gleichen Zeitraum aus der Mietpreisbindung fällt. Und Mieten von 10 bis 14 Euro netto/kalt für frei finanzierte Wohnungen kann sich nur eine kleine Minderheit leisten, schon 8 Euro im sog. 2. Förderweg sind für viele nicht erschwinglich. Dennoch hatten wir im Juni 2011 dem „Vertrag ...“ zugestimmt, weil wir ihn für einen richtigen ersten Schritt hielten.

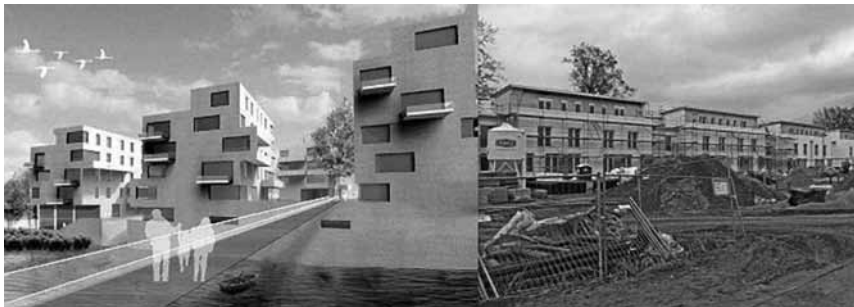
Inzwischen kommen ernsthafte Zweifel auf. Zunächst einmal deshalb, weil die Bauprüfungsabteilung im Bezirk offenbar weder weiß noch wissen will, für welche Art Wohnungen (Eigentum, frei finanzierte Mietwohnungen, geförderte Wohnungen) Anträge gestellt werden. Das geht aus den Antworten auf zwei Anfragen der LINKEN aus dem 3. Quartal 2012 hervor (Ds 20/84/12 und 20/86/12, zu finden auf der Website der Fraktion).

Zum anderen ist immer wieder festzustellen, dass es auf Seiten der Verwaltung wie der SPD/FDP-Koalition allzu viel Verständnis für Bauherren gibt, die aus „wirtschaftlichen Gründen“ leider, leider keine geförderten Wohnungen bauen können. Der (bereits zu geringe!) mindestens 30%-Anteil geförderten Wohnungsbaus wird nach unserem Eindruck nicht wirklich angestrebt, schon gar nicht erreicht.

Umso erschreckender ist es dann, wenn in Billstedt 100 Sozialwohnungen auf einmal entstehen sollen und »die BürgerInnen« (vor allem CDU-Mitglieder) sich dann bei der öffentlichen Plandiskussion vehement gegen die „Sozialempfänger“ (da schwingen ganz andere Bezeichnungen mit) in ihrem Umfeld zur Wehr setzen. Dort scheint vor allem eine Menge Aufklärungsarbeit vonnöten, zum Beispiel da-

Wirklich ein erster Schritt zu bezahlbarem Wohnraum?

Kein Platz für NormalverdienerInnen?



Planung für ein Projekt in der Wendestraße (Hamm), Baustelle im Wohngebiet Haferblöcken (Billstedt)

Quelle: Bezirksamt Mitte

8 rüber, dass 47% der HamburgerInnen Anspruch auf eine im ersten Förderweg geförderte Wohnung haben.

Richtig ist allerdings, dass das Thema geförderter Wohnungsbau an jedem Standort auf die Tagesordnung gehört, auch in der Hafency, auch in der Innenstadt und in Alsternähe.

Wer sich beim Grundstückskauf verspekuliert hat, darf sich nicht darauf verlassen können, dass ihm die Verwaltung und die Kommunalpolitik durch Befreiungen vom Baurecht und vorhabenbezogene Bebauungspläne schon aus der Patasche helfen.

Wir werden das wie bisher in aller Deutlichkeit sagen und einfordern.

Bernhard Stietz-Leipnitz, Stadtplanungsausschuss

.....

DIE LINKE überreicht Bürgerpreis an Judy Engelhard

Im November 2011 hat die Bezirksversammlung Hamburg-Mitte Menschen, die sich ehrenamtlich für die Integrationsarbeit in Mitte engagieren, mit einem Bürgerpreis geehrt. Für DIE LINKE war Christine Detamble-Voss aus dem Ausschuss für Sozialraummanagement unter den Laudatoren. Christine empfand es als große Ehre, einen Preis an Judy Engelhard zu überreichen, die sich seit vielen Jahren ehrenamtlich für den interkulturellen Dialog im Bezirk einsetzt.

Judy Engelhard ist Diplom-Pädagogin mit Schwerpunkt interkultureller Pädagogik. Mit unermüdlichem Engagement realisiert sie interkulturelle Projekte, wie



So schön kann
Bezirkspolitik
sein: Christine
Detamble-Voss
(rechts) über-
reicht Blumen
und Urkunde
an Judy Engel-
hard (links)

Quelle: Bezirksamt
Hamburg Mitte

das Elbinsel-Gipsy-Festival, den Umzug der Kulturen oder die Kinderkarawane. 9
Darüber hinaus wirkt Judy Engelhard beratend und moderierend im Stadtteil.
Bei ihrer Arbeit ermuntert sie unaufhörlich zum interkulturellen Dialog. Ausgehend von der kulturellen Vielfalt der Elbinsel schafft sie es, Menschen aus unterschiedlichen Kulturen miteinander ins Gespräch zu bringen und die gegenseitige Wertschätzung zu fördern.

Als Kulturmanagerin hat Judy Engelhard das interkulturelle Forum von Hamburg mit auf den Weg gebracht. Damit nicht genug, organisiert sie auch noch Wandbildprojekte in Hamburg und im Ausland und Kulturaustauschprojekte in Mexiko, Cuba, Jamaika und Indien.

Wer sich mit Judy Engelhard in Verbindung setzen möchte und Interesse an ihrer Arbeit hat, vielleicht sogar mitmachen möchte, möge sich an das Bürgerhaus Wilhelmsburg wenden.

Der Bürgerpreis für ehrenamtliches Engagement in der Integrationsarbeit wird durch den Bezirk Mitte ausgelobt. Die Bezirksfraktionen benennen jeweils ein Mitglied für die Jury, die die Preisträger ermittelt. Für DIE LINKE hat Regine Brüggemann die Juryarbeit übernommen.

Christine Detamble-Voss, stellvertretende Fraktionsvorsitzende aus St. Pauli

.....

In Zukunft nur noch dicke Luft?

Vor dem Hintergrund des sich vollziehenden Klimawandels müssen Städte, die schon jetzt Wärmeinseln in der Landschaft darstellen, sich auf neue und deutliche Herausforderungen einstellen.

Mehrere zehntausend Tote im Hitzesommer 2003 machten klar, dass es dabei keinesfalls allein um akademische Probleme, sondern um sehr praktische Fragen geht, die direkt das Leben von Stadtbewohnern betreffen.

Städtische Grünräume erbringen – neben vielen anderen ökologischen und sozialökologischen Funktionen – auch sehr wichtige stadtklimatische Leistungen. Der BUND Hamburg wies darauf u.a. 2010 mit der Ausstellung „Lass wachsen, Hamburg! Über die Wichtigkeit von Grünräumen in der Stadt“ hin. Auch die Hamburger BSU legte kürzlich eine „Stadtklimatische Bestandsaufnahme und Bewertung für das Landschaftsprogramm“ vor, die insbesondere die Bedeutung von Grünflächen für Stadtklima, Tages- und Nachttemperaturen und Lebensqualität in der Stadt detailliert belegt.

Interessanterweise arbeitet die Studie auch Zukunftsszenarien bis um 2050 ein, die durch globalen Temperaturanstieg, aber auch städtebauliche Veränderungen beeinflusst werden. Die Anzahl heißer Tage wird erheblich zunehmen, was wie-

Blick vom östlichen Bereich der Grünfläche Oststeinbeker Weg auf das westlich dahinter liegende Quartier Kaltenbergen, das die Klimastudie als potenziellen bioklimatischen Risikobereich identifiziert

Foto: Rudolf Sergel



derum bioklimatische Belastungen nach sich ziehen wird. Verbunden mit demografischen Daten prognostiziert die Studie, dass der bioklimatisch belastete Anteil der Hamburger Bevölkerung von derzeit etwa 28% auf 84% ansteigen wird. Besonders stark werden Kinder unter fünf Jahren und ältere Menschen belastet sein.

Horner Rennbahn und Grünfläche Oststeinbeker Weg: wichtige Grünflächen für das Stadtklima

Auch der Bezirk Mitte weist städtische Räume und Quartiere auf, die die Studie als potenzielle bioklimatische Risikobereiche identifiziert, einige reiht sie gar unter bioklimatisch prioritäre Entwicklungsräume ein, zum Beispiel in St. Pauli, Hamm oder Mümmelmannsberg.

Hamburg-Mitte weist aber auch noch viele Grünflächen auf, die die Untersuchung als stadtklimatisch hochwirksam benennt: u.a. in Wilhelmsburg, Hamm, um die Horner Rennbahn, im und um den Öjendorfer Friedhof und Park, die Grünzüge Gliner Au und Schleemer Bach, das Altspülfeld Kirchsteinbek und Räume östlich von Mümmelmannsberg. Diese Grünflächen sind wichtige Kaltluftproduzenten, aus denen über Kaltluftleitbahnen Luft- und Temperatureaustausch mit überwärmten, verdichteten Räumen erfolgt. Als solche „Leitbahnen“ können zum Beispiel Landschaftsachsen, aber auch Gleisstrukturen, dienen. Neben Kaltluftproduktion erbringen insbesondere baumbestandene Flächen hohe Leistungen in der Filterung von Luftschadstoffen.

Als eine der besonders bedeutsamen Kaltluftleitbahnen benennt die Studie u.a. die Horner Geest-Achse, die in die Grünfläche Oststeinbeker Weg mündet. Diese ist ausgewiesener Teil dieser Landschaftsachse und derzeit Gegenstand öffentlicher Diskussionen im Zusammenhang mit einem dort geplanten Gewerbebauvorhaben (Hornbach). Gerade auch auf die Wichtigkeit des Erhalts solcher Landschaftsachsen am Stadtrand geht die BSU-Untersuchung mit dem Hinweis ein: „Landschaftsachsen begünstigen ... grundsätzlich vor allem am Stadtrand

das Eindringen von Kaltluft aus den Kaltluftentstehungsgebieten des Umlandes in die ausgedehnten Siedlungsflächen.“ 11

Das zur Studie gehörende Kartenwerk weist den Bereich der Horner Rennbahn und angrenzender Kleingärten als stadtklimatisch bedeutsam für Kaltluftproduktion und für Kaltluftströme aus, den Bereich der Landschaftsachse der Grünfläche Oststeinbeker Weg ebenfalls als Bereich von Kaltluftströmen. Diese beiden wichtigen Grünflächen werden derzeit aus Hamburger Verwaltung und Politik mit ökologisch abwertenden Nutzungsänderungen angegriffen: Dieses wirft wiederum ein deutliches Licht auf administrative und politische Inkompetenzen, aber auch ein hohes Maß an Ignoranz gegenüber Bürgern, da sowohl die geplante Auslieferung der Fläche an der Horner Rennbahn wie auch der Grünfläche Oststeinbeker Weg an Investoren auf deutlichen Widerstand von Bürgern treffen.

Gastbeitrag von Rudolf Sergel

- ▶ Der Autor ist Biologe, Mitgründer der Projektgruppe Stadtnatur Hamburg und Sprecher des Arbeitskreises Biodiversität des BUND Hamburg. Dies ist eine gekürzte Fassung des Originaltextes, der in der Online-Version in ganzer Länge zu lesen ist. Mehr Informationen zum Thema: www.bi-oststeinbeker-weg.de

.....

»Horner Freiheit« – Zukunft ungewiss?

Freude kommt wahrlich nicht auf, wenn sich die eigenen Unkenrufe wieder einmal bewahrheiten. In diesem Fall sind nämlich erneut die Horner Bürgerinnen und Bürger die Gelackmeierten, die schon seit vielen Jahren auf ein neues Zentrum in ihrem Stadtteil warten.

Bis diese "Horner Freiheit", wie sie per Wettbewerb getauft wurde, auf dem Gojenboom Gestalt annimmt, werden sich die zukünftigen Mieter noch gedulden müssen – und auch die genaue Ausführung selbst ist unklar.

Auf dem Horner Stadtteilstadtteilfest im Sommer 2012 wurde bereits ein gegenüber den ursprünglichen Planungen deutlich verkleinertes Modell präsentiert. Am 6. November enthüllte dann ein SPD-Antrag, was sich inzwischen ereignet hatte. So war noch im Sommer 2011 die innige Verbundenheit des Investors, Andreas Feldhahn, Geschäftsführer der gallodux GmbH, mit dem Stadtteil vor den BürgerInnen herausgestellt worden. Mit eben diesem Investor sollte das Haus in einer Public Private Partnership realisiert werden – nicht zuletzt um Herrn Feldhahns Altersversorgung zu erwirtschaften. Das warf schon damals Fragen auf, wie überhaupt die ganze Konstruktion des PPP-Modells, für das ein städtisches Grundstück in private Hände gekommen wäre, ohne dass die langfristige Zukunft des Stadtteilhauses damit garantiert wurde. Inzwischen ist der hochgelobte Investor jedoch abgesprungen: Bundeszuschüsse für mehrere der im Haus als Mieter vorgesehenen Einrichtungen wurden verringert, der Plan musste verkleinert werden, und so ließ

Spielen Grünflächen, Stadtklima und Lufthygiene noch eine Rolle in der Stadtplanung Hamburg-Mitte?

12 sich das Projekt nicht mehr "geldbringend" für den Privatinvestor realisieren: Somit machte dieser von seiner "Freiheit" Gebrauch, sich davon zu verabschieden.

Dass nun im SPD-Antrag betont wird, es sei "der originäre Auftrag von Stadtplanung und Politik, über lange Zeiträume vorausschauend zu planen und Nutzungen zu sichern, während ein privater Investor im Eigeninteresse für einen kürzeren Zeitraum rechnet und plant", spiegelt immerhin einen gewissen Lernprozess wider. Dem dort ebenfalls formulierten Auftrag, „... zu prüfen, ob und inwieweit das Bezirksamt Hamburg-Mitte als Bauherr ... die Realisierung des Stadtteilhauses übernehmen kann“, konnten wir uns als LINKE gerne anschließen.

Allerdings muss nun darauf gedrängt werden, dass angesichts der Finanzklemme der Hansestadt und insbesondere der Bezirkshaushalte nicht neue Hürden aufgeworfen werden und dass keine Sachzwänge im Zusammenhang mit dem immer noch in vielen kommunalpolitischen Köpfen herum spukenden zig Millionen schweren Projekt der Kombirennbahn konstruiert werden. Hier zeigt sich ganz konkret, welche fatalen Folgen die Finanznot der Kommunen für die Infrastruktur der einkommensschwächeren Stadtteile hat: Ein Verschiebebahnhof für Investorenversprechen ist jedenfalls das letzte, was die Hornerinnen und Horner brauchen.

*Marion Fisch, zugewählte Bürgerin im Regionalausschuss
Horn, Hamm, Borgfelde, Rothenburgsort*



DIE LINKE
beim Stadtteil-
rundgang Am
Gojenboom,
wo eigent-
lich schon das
Stadtteilhaus
stehen sollte.

Foto: Michael Joho

„Rettet Elisa“: weiter Hoffen und Bangen um Backsteinensemble in Hamm

Seit Herbst 2011 hält die Vereinigte Hamburger Wohnungsbaugenossenschaft (VHW) das Damoklesschwert eines möglichen Abrisses über das historische Gebäudeensemble am Elisabethgehölz.



Sie lassen sich nicht vertreiben, die BewohnerInnen der Elisa-Häuser.

Foto: Ini „Rettet Elisa“

Seitdem ebbt das bundesweite Medienecho über das Ensemble mitsamt der Initiative „Rettet Elisa“ für den Gebäudeerhalt nicht ab. Auch wir haben in unserer letzten Ausgabe darüber berichtet (siehe Mittlinks 1/2012). Eigentlich sollte im Dezember 2012 eine Entscheidung gefallen sein, doch noch weiß keiner so genau, ob die Rotklinkergebäude am Chapeaurougeweg, Curtiusweg und Am Elisabethgehölz abgerissen und wieder als Neubau hochgezogen werden oder ob doch saniert wird oder ob es zum Teilabriss kommt. Nun soll eine endgültige Entscheidung fallen. Allerdings ist es längst kein Geheimnis mehr, dass die vhw den Abriss vorzöge (HH-mittendrin vom 17.12.2012).

Großteil der Bewohner befürwortet weiterhin die Sanierung

Die Mehrheit der Bewohnerinnen und Bewohner spricht sich weiterhin für den Erhalt und die Sanierung ihrer Wohngebäude aus. Die vhw sagt, dass sie weiterhin beide Varianten, den Neubau sowie die Sanierung, prüfe. Doch so ganz geheimer ist diese Aussage den Mitgliedern der Initiative nicht. So übergab die Initiative dem Vorstand der vhw am 17. Dezember 2012 eine Unterschriftenliste der Mieterinnen und Mieter (40 Stimmen) für den Gebäudeerhalt. Die Genossenschaft hatte nämlich beim Runden Tisch im Dezember angekündigt, eine Sanierung durchzuführen, wenn mehr als die Hälfte der Bewohnerinnen und Bewohner sich dafür aussprechen würden. Doch scheint die vhw vergesslich zu sein. Sie wertet diese Unterschriftenliste lediglich als „Meinungsbild“ und hält ihre Entscheidung immer noch zurück.

Neubau volkswirtschaftlich fragwürdig

Im Moment stehen die Zeichen also eher auf Ersatzneubau. So wie die vhw Wohnungspolitik betreibt, will DIE LINKE den „Vertrag für Hamburg- Wohnungsbau“ allerdings nicht umgesetzt sehen. Lautet das Ziel des Vertrages doch, günstigen, neuen Wohnraum zu schaffen und nicht Ersatzneubauten zu fördern, die kein Mehr an Wohnraum bieten. Die Initiative legte in Zusammenarbeit mit ihrem betreuenden Architekten Zahlen vor, denen zufolge ein Ersatzneubau die

- 14 Wohnungsbaukreditanstalt (WK) das Siebenfache kosten würde. (Variantenvergleich des Architektenbüros Plan R vom 12.11.12 auf der Grundlage eines Gutachtens des Architektenbüros Dittert und Reumschüssel im Auftrag der vhw) Zwar sollen die meisten Wohnungen im Neubau nach Aussage der vhw öffentlich gefördert sein, der noch im Herbst 2011 genannte Mietenpreis von 11,50 Euro wäre damit passé. Betriebswirtschaftlich mag die Variante Neubau mit Fördergeldern der vhw förderlich sein, doch hinter den nackten Zahlen stehen Menschen. Viele Mieterinnen und Mieter glauben nicht daran, dass sie tatsächlich in den Neubau einziehen könnten, gerade diejenigen, die jetzt in einer kleinen Ein- bis eineinhalb-Zimmer-Wohnung leben, befürchten, dass keine kleinen Wohnungen mehr gebaut werden, weil die vhw diese „nicht mehr zeitgemäß“ findet. So wären diese Mieter allein durch die höhere Quadratmeterzahl von einer Mietensteigerung betroffen. Außerdem sollen durch die Förderung zwar die Anfangsmieten gering gehalten werden, doch sie können im Laufe der Jahre durchaus steigen. Einige Mieter müssten dann Wohngeld beziehen. Andere müssten sich wahrscheinlich eine ganz neue Bleibe suchen, schwierig genug bei der angespannten Lage auf dem Wohnungsmarkt. Die Nachbarschaft würde sich entgegen aller beschwichtigenden Aussagen doch verändern, ganz zu schweigen vom historischen Straßenbild, das durch den Neubau verloren wäre. Auch DIE LINKE glaubt, dass eine Sanierung der Gebäude machbar ist. Natürlich ist auch eine Sanierung nicht zum Nulltarif zu haben. Bei gleichbleibender Wohnungsgröße und Förderung durch die WK scheint diese Variante für die Bewohnerinnen und Bewohner jedoch planbarer und alle könnten im Viertel bleiben.

Sandra Clemens, Abgeordnete aus Hamm

.....

Solidarität ganz praktisch

Für viele St. GeorgerInnen war die Zeit vom Sommer 2012 bis zum Januar 2013 geprägt von der Solidarität mit der Buchhandlung Wohlers.

Der Vermieter Frank Jendrusch hatte zur Mitte des Jahres die Miete für den Laden mal eben von 1.400 auf 4.100 Euro fast verdreifacht, aus seiner Sicht ein ganz normales, marktkonformes Verhalten. Das sah nicht nur Herr Wohlers anders, der einen solchen Betrag natürlich unmöglich aus dem Buchverkauf erwirtschaften kann, auch viele Menschen im Stadtteil sind nach wie vor empört über die nackte Profitgier des Herrn Jendrusch.

Eine erste Kundgebung aus diesem Anlass führte ca. 800 St. GeorgerInnen bei strömendem Regen auf der Langen Reihe zusammen, acht weitere Veranstaltungen sollten bis Ende November folgen. Organisator war vor allem der Einwohner-

verein, unterstützt wurden die Aktionen aber auch vom Bürgerverein, vom Ensemble des Schauspielhauses, Bürgerschaftsabgeordneten der LINKEN und vielen weiteren Einzelpersonen. Selbst die Bezirksversammlung forderte Jendrusch zur Rücknahme der Mieterhöhung auf, der Bezirksamtsleiter rief zu zwei „Runden Tischen“, ohne allerdings den Vermieter zu irgendwelchen Zugeständnissen bewegen zu können. Ein „weißer Ritter“, der im Oktober/November ins Spiel kam und einen Teil der Miete übernehmen wollte, wurde offenbar von Jendrusch genauso veralbert wie der Buchhändler selbst.

Problem ist die blinde Gier

Wobei klar ist, dass Wohlers ein Sonderfall, die öffentlich bekannt gewordene und diskutierte Spitze des Eisbergs ist, es gibt viele vergleichbare Fälle an und im Umfeld der Langen Reihe. Gentrifizierung ist eben nicht nur Verdrängung von MieterInnen, sondern auch Zerstörung von vorhandenen Kleingewerbe- und Einzelhandelsstrukturen. Aufwertung, eine Lieblingsvokabel der Damen und Herren Stadtentwickler, heißt eben in erster Linie Aufwertung der Immobilien und damit unbezahlbare Mieten. Das ist durch noch so schöne Gebrauchslyrik eines Herrn Schüler (Quartiersmanager am Steindamm) nicht wegzureden.

Der völlig freien Mietgestaltung im (Klein-)Gewerbebereich muss endlich ein Riegel im Sinne der Bedürfnisse der Ladenbesitzer wie deren Kunden vorgeschoben werden. Wir brauchen einen Mieterschutz auch in diesem Bereich.

Wohlers bleibt

Für die Buchhandlung Wohlers fand sich eine Lösung: 150 m entfernt wurde ein allerdings sehr viel kleinerer Laden frei, der Herrn Wohlers von einem etwas anders tickenden Immobilienbesitzer überlassen wurde. Und die St. GeorgerInnen machten ihr Versprechen wahr: Den Umzug besorgten insgesamt fast achtzig Freiwillige, die einander dabei besser kennen lernten und sogar Spaß hatten.

Dass dennoch großer politischer Handlungsbedarf besteht, wird daran deutlich, dass eine zweite Buchhandlung an der Langen Reihe Mitte Januar endgültig schließen musste: Die Milliardärsfamilie Hertz (Tchibo) hatte die Miete auf über dreitausend Euro erhöht ...



Soliaktion für Wohlers am Hansaplatz vor dem Büro Jendrusch

Quelle: Michael Joho

16 Die UFi: Lang ersehnt, heiß erfleht ...

Da ist sie nun endlich, die Umgehungsstraße für Finkenwerder, am 12.12.12 prominent für den Verkehr freigegeben.

Und ja, der Verkehr hat im Ort deutlich abgenommen. Besonders die ersten drei Wochen, vor allem während der Feier- und Urlaubstage, waren gefühlte auto-freie Sonntage. Aber als dann die Schule und der Arbeitsalltag für die Pendler wieder begannen, wurde es morgens, abends und bei Schichtwechsel doch wieder lebhafter.

Ärgerlich ist außerdem, dass der Schwerlastverkehr weiterhin auf der alten Deichstraße durch den Ort fährt. Denn die Straße und die Brückenbauwerke auf der UFi sind für den Schwerlastverkehr noch nicht freigegeben. Auch andere Lkws nutzen aus Gewohnheit noch die alte Strecke. An der Umgehungsstraße selbst, sie heißt jetzt offiziell „An der Alten Süderelbe“, sind noch Restarbeiten zu erledigen. Die Schutzwand an der Straße zu den Naturschutzgebieten an der Alten Süderelbe weist noch Lücken auf. Scheinwerferlicht „blitzt“ über die Schutzgebiete. Und obwohl Durchgänge für Nieder- und Rehwild unter die Straße verlegt sind, haben sich besonders die Rehe während der dreijährigen Bauzeit angewöhnt das Wildwechselgebiet „oben rum“, also über die Straße zu queren. Das gefährdet den Verkehr und die Tiere.

Aber auch im Ort selbst ist noch einiges zu tun. Die Polizei muss dafür sorgen, dass die Lkws den Weg über die Umgehungsstraße nehmen, und der Durchgangsverkehr muss mit verkehrsberuhigenden Maßnahmen, wie Tempolimits, Straßenmöblierung und mit anderen Ampelschaltungen für Autos, unattraktiver werden. Während der Bürgeranhörung wurde sogar die Einrichtung eines „Shared Space“ gefordert. Erst wenn solche Maßnahmen greifen, wird sich zeigen, ob die UFi nachhaltig den Ort entlastet.

Oder ob die alte Weisheit noch gilt, dass mehr Straßen nur zu mehr Verkehr führen.

Helmke Kaufner, DIE LINKE. Finkenwerder

.....

Zollzaun weg – Fluch oder Segen?!

Erste zeitnahe Stellungnahme

Seit dem 1. Januar 2013 gibt es den Freihafen und die damit verbundenen Zollstationen nicht mehr. Der alte Zollzaun wird abgerissen und damit wird in vielen Bereichen, wie z.B. an der Harburger Chaussee, der freie Zugang zum Spreehafen ermöglicht.

Auf der anderen Seite der Veddel allerdings, im Norden, fallen die Schließungs-

zeiten der Zollkontrollstellen weg. Dies bedeutet, dass die Hafenverkehre sich nun 24 Stunden am Tag und auch am Wochenende frei über den Veddeler Norden er- 17
gießen - 24 Stunden am Tag Lärm , Abgase, erhöhte Unfallgefahr.

Dazu ein Zitat des Stadtteilrates Veddel:

„Auf der Veddel sehen Prognosen der Hamburg Port Authority für 2025 eine Vervielfachung des Schwerlastverkehrs in der Tunnelstraße vor, der das heutige Schwerlastverkehrsaufkommen auf den Elbbrücken noch übertrifft. Dies bedeutet ebenfalls eine wesentliche Zunahme der Belastungen auf der Straße Am Saahafen und damit für die Anwohner der Straße Am Gleise.

Als Zielkorridor formuliert die HPA für den Veddeler Norden:

„... die Verbesserung der Anbindung der Haupthafenroute an die Anschlussstelle HH-Veddel ist im Zusammenhang mit dem Wunsch des Stadtteils nach einer städtebaulichen Aufwertung des Gebietes und einer Verbesserung der Anbindung an die Elbe zu sehen. ... daher muss eine für beide Seiten zufriedenstellende Lösung gefunden werden.“



Jetzt ist
er weg ...

Tunnel tut Not

Unter der Prämisse, dass die Anschlussstelle HH-Veddel für den prognostizierten Verkehr ausgebaut werden sollte, kann eine zufriedenstellende Lösung für das Wohngebiet nur heißen, dass die Verbindung im Veddeler Norden zwischen der Bahntrasse und der Autobahn getunnelt werden muss. Die Untertunnelung ist finanziell und von der Umsetzungsdauer her ein Großprojekt - allerdings mit großen städtebaulichen Potenzialen für den Veddeler Norden - und damit entscheidend für die gesamte künftige Entwicklung des Stadtteils.“

Und genau hier fängt das Problem an: Der Zaun ist nur optisch weg , das ganze alte Freihafengebiet bleibt im Zuständigkeitsbereich der Hamburg Port Authority (HPA) und damit unter der Führung der Wirtschaftsbehörde und des Bürgermeisters. Die Bezirksversammlung und ihre Ausschüsse sowie die Stadtteilbeiräte haben keinen Einfluss auf die Entscheidungen der HPA.

Solange aber die Kommunalpolitik hier keine Möglichkeit hat, gezielt die Bedürfnisse der Menschen der Veddel und Wilhelmsburgs zu vertreten, ist der Zaun immer noch vorhanden. So werden Entscheidungen an irgendwelchen grünen Tischen getroffen, die nichts mit der Realität der direkt betroffenen Menschen zu tun haben.

*Stefan Teddy Dührkop,
Mitglied im Regionalausschuss Wilhelmsburg-Veddel
und im Stadtteilrat*

18 **Abgescholt: Amt für Grundsicherung weg**

Mit dem neuen Jahr gab es wieder eine schlimme Veränderung für die Menschen in Wilhelmsburg und auf der Veddel.

Das Amt für Grundsicherung und Soziales ist nun nicht mehr im Wilhelmsburger Rathaus angesiedelt. In seiner Dezembersitzung hat der Regionalausschuss Wilhelmsburg/Veddel dieses Thema beraten. Die Grünen hatten einen Antrag eingebracht, um den Umzug zu verhindern. Auch aus dem Publikum wurden einige Fragen zum Thema an die Vertreter der Fraktionen gerichtet.

Eine Forderung, sowohl von den Grünen als auch von der LINKEN, war, dass es bestimmt möglich sei, die zehn Arbeitsplätze des Amtes für Grundsicherung und Soziales im Neubau der BSU unterzubringen. Das wurde von der Verwaltung (Frau Schmidtke, Leiterin vom Fachamt Grundsicherung und Soziales) abgewürgt. Es gebe die dafür notwendigen Räume nicht.

Wie üblich war die für Kürzungen verantwortliche SPD nicht bereit, über ihren Schatten zu springen und dem Antrag zuzustimmen. Stattdessen wurde der Grünen-Antrag mit den Stimmen der SPD und FDP in die Januarsitzung vertagt.

Dass bis dahin der Umzug bereits vollendet sei, betonte Olaf Harms von der Fraktion DIE LINKE. Aber auch dieser Hinweis wurde von der SPD und ihrem Anhängsel FDP ignoriert.

Graf Zahl nennt Wissenswertes über IBA und igs:

Eine Anfrage der Bezirksfraktion DIE LINKE und die Antwort der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt vom 3. Januar 2013 ergibt folgende Auflistung von Baumfällmaßnahmen, Heckenrodungen und weiteren massiven Eingriffen in die Natur zur Vorbereitung von IBA und igs 2013.

IBA:

Anträge von der IBA direkt gestellt:

- ▶ 1789 Bäume zur Fällung
- ▶ 4 Gehölzgruppen, ohne weitere Mengenangaben
- ▶ 3980 Quadratmeter Gehölzaufwuchsfläche

▶ 56 laufende Meter Heckenrodungen.

igs:

Anträge von der igs gestellt, wobei einige Baumfällungen für die IBA eingereicht worden sind. Dafür wurden aber keine konkreten Zahlen genannt.

- ▶ 3353 Bäume zur Fällung
- ▶ 4197 laufende Meter Heckenrodungen
- ▶ 63,845 Quadratmeter Gehölzfläche
- ▶ 1,4 ha Gehölzaufzuchtfläche
- ▶ 0,8 ha Gebüschfläche
- ▶ 4197 laufende Meter Hecken
- ▶ 2860 Quadratmeter Feuchtwiesen

Für die Regionalausschuss-Sitzung im Januar gab es nun zwei Anträge der Grünen zum Thema. Den verschobenen aus der Dezember-Sitzung und einen neuen, mit der Forderung, für mindestens je drei Stunden an zwei Wochentagen eine Beratung im Wilhelmsburger Rathaus anzubieten.

Leider haben die Grünen ihren Dezemberantrag zurückgezogen (eine Abstimmung hätte die SPD/FDP-Koalition gezwungen, ihre wahren Gründe für die Vertagung zu benennen). Der Januarantrag wurde mit der Mehrheit von SPD und ihrem FDP-Anhängsel abgelehnt, während alle anderen (LINKE, CDU, Grüne und Piraten) dafür stimmten, zumindest einige Stunden in der Woche eine Beratung in Wilhelmsburg vor Ort anzubieten.

*Manfred Schubert, zugewählter Bürger im
Regionalausschuss Wilhelmsburg/Veddel*

.....

■ Winternotprogramm – das übliche Desaster

Wie im vergangenen Jahr begann das Winternotprogramm für Menschen ohne Obdach mit großem Optimismus der Behörde (BASFI).

Maximal 160 Menschen sollten in der Spaldingstraße untergebracht werden, nach einer Woche waren es wieder über 200. Und sage niemand, das sei eine Überraschung gewesen, denn die Zahl der Menschen, die auf das Programm angewiesen sind, war wohlbekannt. Immerhin hat die Einbeziehung der MünzviertlerInnen diesmal besser funktioniert als im vergangenen Winter.



Hillgruber Hochhäuser Spaldingstraße: Hier findet ein Teil des Winternotprogramms statt

Foto: Initiative Münzviertel

Geradezu zynisch mutet aber die in der Presse veröffentlichte Ansage des Sozialsenators an, der Zoll möge überprüfen, wer von diesen Menschen womöglich irgendwo arbeitet: Es ist leider ebenso bekannt, dass die hier gemeinten Menschen aus Südosteuropa oft als Scheinselbstständige zu wahren Hungerlöhnen arbeiten, die ein angemessenes Obdach unbezahlbar machen.

DIE LINKE fordert Senat und Verwaltung auf, endlich rechtzeitig die notwendige Anzahl von Übernachtungsplätzen bereit zu stellen. Und nicht nur das, auch die Tagesaufenthaltsangebote z.B. im Herz-As müssen ausgeweitet werden. Das ist ein Gebot der Menschlichkeit und dafür muss auch Geld in die Hand genommen werden.

20 ■ **Wider die Zurichtung des öffentlichen Raums für die Tourismusindustrie**

Überraschend wurde im Herbst doch noch ein Vertrag mit der DB geschlossen, der ihr das Hausrecht für die überdachten Flächen am Hauptbahnhof (Hbf) und den Tunnel zur Mönckebergstraße überträgt. Ein erster Anlauf im Jahr 2011 war im Sande verlaufen, lange war nichts zu hören, nun wurde angeblich in Abstimmung mit den sozialen Einrichtungen rund um den Hbf ein Vertrag geschlossen, der zur Vertreibung von Menschen führt, die das Bild der „Visitenkarte“ stören – Raucher, Biertrinker, Obdachlose. Die sozialen Einrichtungen wissen allerdings nichts von ihrer Beteiligung.

Und die Sicherheitskräfte der Bahn gehen zum Teil rabiat vor, bis hin zur Wegnahme von Schlafsäcken, was für einen Obdachlosen lebensgefährlich sein kann. Das ruft zu Recht Proteste hervor. An jedem Donnerstag treffen sich Menschen am Hbf, um dort ihr Recht auf öffentlichen Raum u.a. durch Trinken und Rauchen wahrzunehmen.

Am 19. Januar fand – unterstützt von der Linken in Bezirk und Bürgerschaft – eine Kundgebung am Hbf statt, bei der Betroffene zu Wort kamen und u.a. der Pastor der evangelischen Kirchengemeinde St. Georg sich für das Recht aller Menschen auf Nutzung des öffentlichen Raumes aussprach. DIE LINKE. fordert die Rücknahme des Vertrags und im Konsens zu findende Lösungen für die ohne Zweifel vorhandenen Probleme am Hbf!

Immer noch gilt: Ordnungspolitik macht weder Baumängel wett noch kann sie Sozialpolitik ersetzen.

■ **Für ein gemischtes Hammerbrook:**

DIE LINKE. beantragt mehr Wohnen in der City Süd

Der Ortsteil Hammerbrook (inzwischen inkl. Münzviertel) steht im Blickpunkt vieler „Investoren“. Die „City Süd“ macht einen wesentlichen Teil dieses Ortsteils aus und dort gelten z.T. uralte Bebauungspläne, die Wohnbebauung nicht zulassen, insbesondere zwischen Heidenkampsweg und Hammerbrookstraße. Dies zu ändern, forderte ein Antrag der LINKEN in der Bezirksversammlung im Oktober. Und – eine Seltenheit – der Antrag wurde einstimmig beschlossen.

Inzwischen ist das Fachamt Stadt- und Landschaftsplanung dabei, ein Gesamtkonzept für Hammerbrook zu entwickeln, mit dem Ziel, einen gemischten Stadtteil zu schaffen, in dem Gewerbe und Wohnen nebeneinander existieren können, in dem vor allem aber mehr Wohnen möglich wird, ohne dass jedes Mal langwierig neue Bebauungspläne erstellt werden müssen.

Frei nach Theodor Storm:

Knecht Ruprecht

Von drauß' von Hamburg komm ich her;
Ich muss euch sagen, es boomet gar sehr!
Allüberall auf den Häuserspitzen
Sah ich die Inschrift BETONGOLD blitzen;
Und drüben schon am steinern' Tor
Sahen mit großen Augen die Mieter hervor,
Und wie ich so wandre die Straßen entlang,
Da riefen's mit heller Stimme mich an:
„Knecht Ruprecht“, riefen's, „alter Gesell,
Hebe die Beine und spute dich schnell!
Der Jendrusch und andre entmieten jetzt,
wir werden hinaus auf die Straße gesetzt,
Häuser und Läden sollen nun
allein den Gewinnen Genüge tun;
Gemeinsam wollen wir uns wehren,
Hilfst uns, so woll'n wir dich ehren!“
Ich sprach: „Das will ich gerne tun,
was wollen wir agieren nun?
Wo sitzt denn der in dieser Stadt,
der Euros nur im Herzen hat?“
- „Gleich hier ums Eck am Hansaplatz,
da häuft er seinen großen Schatz.
Hast denn die Säcklein auch bei dir?“
Ich sprach: „Die Säcklein, die sind hier:
voll guter Wünsche für Wohlers und Leute
das ist es, was sie brauchen heute.“
- „Hast denn die Rute auch bei dir?“
Ich sprach: „Die Rute, die ist hier;
Für Spekulanten nur, die schlechten,
Die trifft sie auf den Teil, den rechten.“
Ein Mieter sprach: „So ist es gut;
So handle nur, zeig unsre Wut!“
Von drauß' von Hamburg komm ich her;
Ich will euch sagen, bald boomet's nicht mehr!
Die Vielen, sie werden gemeinsam erreichen,
dass Spekulanten die Wangen erleben.

*Vorgetragen von Knecht Ruprecht persönlich
bei der 8. Wohlers-Solidaritätsveranstaltung
am 29.11.2012 auf dem Hansaplatz*



22 Wer macht was?

Die LINKE in der Bezirksversammlung Hamburg-Mitte (Stand Februar 2013)

Bezirksfraktion

Bernhard Stietz-Leipnitz (Vors.)

Mail/Telefon

stietz-leipnitz@linksfraktion-hamburg-mitte.de
040 24 57 40

Christine Detamble-Voss (stv. Vors.)

christine.detamble-voss@linksfraktion-hamburg-mitte.de
(040) 43 99 672

Sandra Clemens

sandra.clemens@linksfraktion-hamburg-mitte.de
0175 740 79 09

Olaf Harms

olaf.harms@linksfraktion-hamburg-mitte.de
(040) 28 57 69 08

Renate Hercher-Reis

renate.hercher-reis@linksfraktion-hamburg-mitte.de
(040) 700 120 33

Tilman Rosenau (Geschäftsführer)

geschaeftsstelle@linksfraktion-hamburg-mitte.de
(040) 28 57 69 08

Sie erreichen alle VertreterInnen der LINKEN über die Geschäftsstelle

.....

Ausschüsse

Hauptausschuss

Bernhard Stietz-Leipnitz, Christine Detamble-Voss

Jugendhilfeausschuss

Christine Detamble-Voss, Anja Post-Martens

Stadtplanungsausschuss

Bernhard Stietz-Leipnitz, Renate Hercher-Reis • Ständiger Vertreter: Steffen Leipnitz

Bau- und Denkmalschutzausschuss

Bernhard Stietz-Leipnitz, Nils Boeing • Ständiger Vertreter: Steffen Leipnitz

Ausschuss für Haushalt und regionale Wirtschaftsentwicklung

Renate Hercher-Reis • Ständiger Vertreter: Olaf Harms

Kulturausschuss

Bernhard Stietz-Leipnitz • Ständiger Vertreter: Norbert Eichstädt

Verkehrsausschuss

Stellv. Vorsitzende: Renate Hercher-Reis • Ständiger Vertreter: Ronald Wilken

Umweltausschuss

Sandra Clemens • Ständiger Vertreter: Manfred Schubert

Ausschuss für Wohnen und Stadtteilentwicklung

Olaf Harms • Ständiger Vertreter: Bernhard Stietz-Leipnitz

Ausschuss für Sozialraumgestaltung

Christine Detamble-Voss • Ständiger Vertreter: Ronald Wilken

Sportausschuss

Sandra Clemens • Ständiger Vertreter: Stefan Dührkop

Cityausschuss

Christine Detamble-Voss • Ständiger Vertreter: Ronald Wilken

Regionalausschuss Finkenwerder (und Waltershof)

Bernhard Stietz-Leipnitz, Kerstin Fremder-Sauerbeck • Ständige Vertreter: Dirk Kölsche,

Christian Sauerbeck

Unterausschuss Bau

Kerstin Fremder-Sauerbeck (stv. Vorsitzende) • Ständiger Vertreter: Dirk Kölsche

Regionalausschuss Wilhelmsburg/Veddel

Manfred Schubert, Olaf Harms • Ständige Vertreter/in: Stefan Dührkop, Christine Wolfram

Unterausschuss Bau

Manfred Schubert • Ständige Vertreterin: Christine Wolfram

Regionalausschuss Billstedt/Mümmelmannsberg

Renate Hercher-Reis, Wolfgang Strauß • Ständige Vertreterin: NN

Unterausschuss Bau

Wolfgang Strauß • Ständiger Vertreter: NN

Regionalausschuss Horn/Hamm/Borgfelde/Rothenburgsort

Sandra Clemens, Marion Fisch • Ständiger Vertreter: Jan-Peter Klöckner

Unterausschuss Bau

Sandra Clemens • Ständiger Vertreter: Jan-Peter Klöckner

.....

Beteiligungsgremien

Sanierungsbeirat Wilhelmsburg S6 Berta-Kröger-Platz: Christine Wolfram

Sanierungsgebiet Wilhelmsburg S 5 Südliches Reihertiegviertel: Jörg von Prondzinski

Sanierungsgebiet St. Pauli S 5 Wohlwillstraße: Holger Knorr, Vertretung: Verena Brachvogel

Stadtteilrat für Rothenburgsort: Bernhard Stietz-Leipnitz

Stadtteilbeirat St. Georg Mitte: Bernhard Stietz-Leipnitz, Vertretung: Berno Schuckart

Quartiersbeirat Münzviertel: Bernhard Stietz-Leipnitz, Vertretung: Steffen Leipnitz

Quartiersbeirat Osterbrookviertel: Marion Fisch

Beirat für Stadtteilentwicklung Wilhelmsburg: Manfred Schubert, Renate Hercher-Reis

Stadtteilrat Veddel: Stefan Dührkop, Vertreter: NN

Forumsbeirat Billstedt/Horn: Willi Mittelstedt

(Stand Februar 2013)

Kontakt:

Bezirksfraktion DIE LINKE. Hamburg-Mitte
Borgfelder Straße 83
20537 Hamburg

Tel.: (040) 285 769 08

Fax: (040) 285 769 09

fraktion@linksfraktion-hamburg-mitte.de

Büro Wilhelmsburg:

Georg-Wilhelm-Straße 7a
21107 Hamburg

DIE LINKE.

Fraktion in der
Bezirksversammlung HH-Mitte

MITTLINKS ist eine Broschüre der Bezirksfraktion DIE LINKE in Hamburg Mitte

V.i.S.d.P.: Sandra Clemens und Bernhard Stietz-Leipnitz

Februar 2013, Auflage 1000

Satz und Layout: Drucktechnik

Die Broschüre wird kostenlos abgegeben.